



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 42/2020

Kiel, den 17.12.2020

Behördlich organisierter Kindesmißbrauch Schleswig-Holstein ohne Befund

Die „Berliner Zeitung“ berichtete im Juni 2020: „Jahrzehntelang wurden Pflegekinder in Berlin an Sexualstraftäter gegeben. Jetzt bestätigt ein Gutachten: Es hat viele Unterstützer und Mitwisser gegeben – in Jugendämtern, der Verwaltung, der Freien Universität und dem Max-Planck-Institut.“ (vgl. <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/paedophile-missbrauch-berlin-pflegekinder-li.87610>). Neben schweren Mißhandlungen, sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen sei es auch zu Todesfällen gekommen. Weiter heißt es in einem von der „Berliner Zeitung“ zitierten Untersuchungsbericht, es habe „ein Netzwerk quer durch die wissenschaftlichen pädagogischen Einrichtungen und die Senatsverwaltung bis hinein in einzelne Berliner Bezirksjugendämter“ existiert, „in dem pädophile Positionen akzeptiert, gestützt und verteidigt wurden. Explizit benennen die Forscher neben der Senatsverwaltung und den Jugendämtern dabei auch die Freie Universität, das Max-Planck-Institut, das inzwischen nicht mehr existente Pädagogische Zentrum in Berlin sowie das Pädagogische Seminar Göttingen. Auch Verbindungen zwischen der Senatsverwaltung und der Odenwaldschule seien nachweisbar, wo unter und von Schulleiter Gerold Becker Kinder über Jahrzehnte systematisch missbraucht wurden.“

Kinder und Jugendliche seien vom Land Berlin und seinen Jugendämtern jedoch „nicht nur in West-Berlin, sondern im gesamten Bundesgebiet verantwortet und dort auch von lokalen Jugendämtern übernommen“ worden.

Im November 2020 griff die Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein die Berichterstattung mit der Kleinen Anfrage „„Kentler-Experiment‘ in Schleswig-Holstein?“ (Ds. 19/2525 <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02500/drucksache-19-02525.pdf>) auf.

In der Vorbemerkung zu ihrer parlamentarischen Anfrage wurden kurz die Hintergründe des Skandals von behördlich organisiertem Kindesmißbrauchs rund um den Berliner Sozialpädagogen und Professor Helmut Kentler dargelegt.

In der Kleinen Anfrage heißt es: *Die F.A.Z. berichtete am 17.06.2020*

(<https://www.faz.net/2.1759/der-kentler-fall-kindesmissbrauch-in-staatlicher-verantwortung-16817974.html>), daß der Sozialpädagoge Kentler mit Hilfe von Gutachten dafür sorgte, daß „schwer erziehbare“ Kinder bei vorbestraften Pädophilen untergebracht“ wurden (<https://www.welt.de/poli-tik/deutschland/article210701651/Kentler-Experiment-Berliner-Senat-verweigert-Missbrauchsopfern-Verhandlungen-auf-Augenhoehe.html>); Es gebe „deutliche Hinweise“ auf bundesweite Zusammenhänge.

Ob Schleswig-Holstein von dieser Art von Kindesmißbrauch betroffen ist/war, bleibt unbekannt; jedenfalls lagen der Landesregierung im Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage keine Hinweise auf die Verstrickung von Behörden in derartigen Kindesmißbrauchsfällen vor.